

# Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die Sachsen-Zeitung erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und Kioskbekunden 2,- Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mark, bei Postbestellung 2,50 Mark. Einjahrespreis 24,- Mark. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostitz u. a.

Nr. 81 — 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Freitag 4. April 1924

## Der Völkerbund soll kontrollieren.

Die in London in Paris übergebene deutsche Note über die Militärkontrolle macht den Vorschlag, die Nachprüfung der Abrüstung in Deutschland dem Völkerbund zu übertragen.

Zwang ist in jeder Form ein zweischneidiges Schwert, dessen Schärfe sich fast immer, früher oder später, auch gegen den Lehrt, der in Überschätzung seiner ertünnenen Machtstellung diese für die Ewigkeit als unerschütterlich ansieht. Ewiges Siegt es nicht, alles flieht nach dem Wort des griechischen Weisen. Und dem niedergeworfenen Sieger goldene Brücken zu bauen, hat sich auch in der Politik von jeher als zweckmäßig erwiesen. Bismarck brachte 1866 den Beweis für diese Zweckmäßigkeit, und 1870 gab er nur mit widerstrebendem Herzen Stille von seinen Richtlinien in dieser Hinsicht gegen die opponierende Generalität auf, nicht ohne Unheil für die Zukunft zu prophezeien.

Die gegen Deutschland verbündeten Alliierten stehen nach dem für uns unglücklichen Ausgang des großen Krieges die Weisheit des Brückenbauens fast in jedem Augenblick vermissen. Angetrieben und dirigiert von dem in Höhe- und Vortritt verfallenen Frankreich. Deutschland sollte nicht allein zerissen, verarmt, wirtschaftlich ruiniert, sondern auch jeden Tag gedemütigt und geküßelt werden. Obwohl sein Heer aufgelöst, seine Waffen zerhackt, seine kriegerische Aktionsfähigkeit in das Nichts zerfallen waren, mußte es kontrolliert werden. Fremde, hauptsächlich französische Offiziere, reisten von Ort zu Ort, um jedes alte Gewehr, jedes verrostete Kanonentrübe als Beweis für angebliche deutsche Revancheeideen der Welt zu repräsentieren. Ein unmöglicher Zustand, der Erbitterung und berechtigten Jörn läßt mußte. Lächerlich bei dem bitteren Unglück, das über uns herein gebrochen und aller Welt bekannt war. Gelegentlich, die Katastrophe, die mit der unweisen Vergewaltigung Deutschlands durch Europa bedrohte, zu verschimmern.

Die aus dem Vertrag von Versailles nicht zu begründende militärische Kontrolle erlitt denn auch eine Unterbrechung, da sie einfach sinnlos wurde. Aber Poincaré schrie ohne Unterlaß nach Sicherheit vor dem „gefährlichen“, angeblich tüchtig lauernden Nachbarn jenseits des gewaltigen durch den französischen ins Kleinsten gewachsenen Militarismus gebildeten Rheingebietes. Notizen floßen hin und her, der Alliiertenbund mußte sich in Bewegung setzen, Paris verlangte es, die Verbündeten, vor allem England, gehorchten. Aber, etwas entfernt von den Tagen von Versailles, schien sich doch eine gewisse Einsicht bemerkbar zu machen. Die letzte Note der Völkerbündlerkonferenz in der Angelegenheit sprach von gemeinsamer Anstrengung, um aus der Sachlage herauszukommen. Britische Mäßigkeit legte Dämpfer auf die wild und vernichtungsfürchtig lodenden Flammen französischer Tollheit.

An diese Zeichen einer geringen Beruhigung knüpft die neue Denkschrift an, welche die Reichsregierung als Antwort auf die Völkerbündlernote in Paris jetzt überreichen ließ. Die deutsche Regierung sagt darin, daß sie den Willen zur Verständigung, der aus der Note spricht, erkennt und würdigt und daß sie den Gedanken einer gemeinsamen Anstrengung, um aus der Sachlage herauszukommen, durchaus für richtig hält. Aber Deutschlands Abrüstung — um die handelt es sich — sei vollendet. Abgesehen von den in der Militärnote aufgeführten fünf Punkten (im Grunde genommen unwichtige Nebenabschlüssen) sei jede militärische Kontrolle längst überflüssig. Gegenüber einer Nation von Tradition und lebendigem Gefühl für nationale Würde könne auf die Dauer unmöglich alles auf die Formel Befehl und Unterwerfung gestellt werden. Wollten die alliierten und assoziierten Regierungen es zulassen, daß eines ihrer Organe diese elementare Wahrheit mißachtet, so würden sie dadurch nur Situationsnäher, die der endlichen Befriedigung Europas weit abträglich sind, als es irgendein Entgegenkommen in Fragen der deutschen Abrüstung sein kann. Da „Kontrolle“ nicht mehr nötig sei, könnten die restlichen Bedenken besser durch Verhandlungen erledigt werden. Sollten aber — und jetzt kommt der grundlegende Vorschlag Deutschlands — trotzdem die Unentschiedenheiten der Alliierten nicht zu zerstreuen sein, so müge die Nachprüfung durch den Völkerbund erfolgen, dem in Artikel 213 des Verfallenen Vertrages die Prüfung der allgemeinen Abrüstung zusteht. Die deutsche Regierung habe zum Völkerbund das Vertrauen, daß er in der Lage sein wird, die Bedenken tatsächlich auszusprechen. Der Völkerbund wird die etwa nach Deutschland zu entsendende Untersuchungskommission so zusammensetzen können, daß sie nach Bedeutung und geistiger Einstellung ihrer Mitglieder nicht als im Interesse einzelner Mächte handelnd erscheinen kann.

Das ist in der Tat ein Entgegenkommen und eine Bereitwilligkeit, wie man sie sich weitgehend nicht denken kann. Die auch durch den Versailler Vertrag verursachte Instanz soll entscheiden, ob Deutschlands Abrüstung vollzogen ist. Sie kann nichts anderes konstatieren, als was in Deutschland jedes Kind weiß. Ob Frankreich diesem loyalen Vorschlag widerstreben wird? Biletschid trotz allem — denn die Furcht ist bekanntlich ein schlechter Lehrmeister. Und an der Seine könnte sich die Furcht regen vor der Gefahr, daß auch die eigene Rüstung einmal unter die kritische Lupe genommen würde — was soll dann werden?

## Was die Sachverständigen an Pfändern anbieten.

(Eigener Fernsprechsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.) Paris, 3. April. Dem Echo de Paris zufolge bieten die Sachverständigen Frankreich bezw. den Verbündeten die nachstehenden Pfänder an:

1. die deutschen Eisenbahnen (11 Milliarden Vorkursaktien und eine Transportsteuer von 200 Millionen);
2. Hypothekwerte im Betrage von 6 Milliarden;
3. Ertrag der Steuererinnahmen und der Monopole in Höhe von 1200 Millionen jährlich. Insgesamt eine Jahresleistung von 2450 Millionen Franken.

Während der Dauer des 4jährigen Moratoriums würden insgesamt 5% bis 5% Millarden an Frankreich gezahlt werden.

### Ein Ueberhaß von über 200 Milliarden.

Berlin, 3. April. Wie T.-M. erfährt, liegt jetzt der Haushaltsplan aller Finanzverwaltungen im Reiche vor. Bei dem Landeshaushalt beträgt die Ausgabe 2 569 207 372 Goldmark. Beim außerordentlichen Haushalt stellen sich die Ausgaben auf 514 396 396 Goldmark, die Einnahmen auf 131 001 598 Goldmark. Der Haushalt schließt mit einem Ueberhaß von über 2 200 297 837 Goldmark. Zur Durchführung des Finanzausgleichs sind noch einmal 110 Millionen Goldmark eingelegt. Sie sollen als Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge und zur Förderung der Wohlfahrtspflege dienen. Zur Abwehr der durch den Rubreindruck entstandenen Schäden sind 48 620 000 Mark eingestellt worden.

### Die Hamburger Bürgerschaft für Ermäßigung der Zinsätze.

(Eigener Fernsprechsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Hamburg, 3. April. Die Hamburger Bürgerschaft nahm nach Neuwahl des Vorstandes, in dem kein Kommunist hineinkam, einen demokratischen Antrag an, den Senat zu ersuchen, bei der Reichsregierung im Interesse von Handel und Gewerbe schleunigst und einseitige Maßnahmen vorzunehmen, durch die eine Ermäßigung der Zinsätze für Goldmarkdarlehen erzielt werde.

### Eisenbahnarbeiterstreik auch in Hamburg.

(Eigener Fernsprechsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Hamburg, 3. April. Wie die Reichsbahndirektion Altona mitteilt, mußte ein großer Teil der Güterbodenarbeiter in Groß-Hamburg entlassen werden, während ein anderer Teil infolge der Entlassungen in den Spinnstoffstreik getreten ist. In den nächsten Tagen können daher voraussichtlich Eis- und Frachtgüter auf der Güterabfertigung Groß-Hamburg nur in beschränktem Umfang angenommen und ausgeliefert werden.

## Schluß des Deutschnationalen Parteitag

Hamburg, 2. April. Als das Urteil im Hitler-Prozess auf dem Deutschnationalen Parteitag bekannt wurde, begrüßte die Versammlung den Freispruch für Ludendorff mit Beifall und Heilrufen.

### Graf Westarp

fürhte aus, daß der Name Ludendorff ein nationales Wert sei, der Jahrhunderte überdauern werde. Die völkische Bewegung, die sich zu Bismarcks Lebenswert bekennet, müsse sich auch zur konstitutionellen Monarchie bekennen. Sie müsse sich halten an einem starken preussischen Königtum und einem konstitutionellen Kaiserthum. Das bedinge, daß die Ministerien von Braun und Seeburg anders besetzt werden müssen. Wenn in der völkischen Bewegung unsere Jugend sich wieder auf sich selbst und auf deutsches Wesen besinnen will, so darf diese Bewegung nicht vorübergehen an der Überlieferung der preussischen und deutschen Geschichte. Wer wirklich völkisch denkt, der kann in dieser Frage nicht sagen, ich sehe weder rechts noch links, sondern der muß hängen an unserem preussischen Staat und Königtum, an unserem deutschen Kaiserthum.

### Reichsminister a. D. Dr. Seufferich

sagte, von den Mittelparteien, abgesehen von den Demokraten, hat sich niemand mehr einer Regierung mit den Deutschnationalen zusammen widersteht als gerade Herr Stresemann. Herr Stresemann lasse in Hannover erklären, die größte Tat der Regierung seit der Revolution sei die Schaffung der Rentenmark, das sei auch die größte antimarxistische Tat. Die Rentenmark ist eine Tat des Opfermutes gewesen, aber die Regierung Stresemann sollte sich diese Tat nicht auf ihr Konto schreiben. Er (der Redner) habe die Vorschläge dazu schon der Regierung vorgebracht. Die Deutschnationalen als nationale Opposition hätten den Beschäftigungsnahezu erbracht, daß sie jederzeit eine nationale Regierung bilden können, und zur nationalen Regierung wollen sie werden. Die nationale Reaktion wird die Koalition der Zukunft sein, die wahre große Koalition. Sie wird die deutsche Freiheit wiedererkämpfen. Reichstagsabgeordneter Hartwig erklärt als Vorsitzender des Deutschnationalen Arbeiterbundes, die Deutschnationale Volkspartei zähle heute die meisten Arbeiter in ihren Reihen. — Landtagsabgeordneter Schlang, Schillingen sprach über „Deutschnational und Völkisch — die Deutschnationalen an die Jugend“. Der Sinn seiner Rede war eine Warnung vor den Radikalen und vor überreifen Taten sowie die Mahnung, das Herz zu zügeln und den Maßstab für die Dinge nicht aus den Augen zu verlieren.

### Fürst Otto v. Bismarck

der Entel des großen Kanzlers, wurde stürmisch begrüßt, als er das Wort zu folgender Ansprache nahm: Mein Herz ist voll, ich kann die Worte schwer finden, um Ihnen zu danken. Ich habe auch den Worten des Redners nichts hinzuzufügen.

## Poincaré über die Ruhrbesetzung.

(Eigener Fernsprechsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Paris, 3. April. In der Kammer wurde gestern weiter über Inzertpationen beraten. Es kam im Laufe der Sitzung zu lebhaften Zusammenstößen zwischen dem Kriegsminister und den Kommunisten. Der Kommunist Bertoin schleuderte dem Minister die Worte: „Sie Häßlicher“ zu. Maginot antwortete: „Sie sind ein Anwalt der Vöcher“. Bertoin erhob sich von seinem Platz und wollte dem Minister an die Kehle springen. Poincaré nahm dem Kriegsminister in Schutz und erklärte: „Wenn man uns auch bittet, die Ausbeutung der ergriffenen Pfänder umzuwandeln, so besteht kein Grund, daß wir uns vor erfolgten Forderungen zurückziehen. Als Frankreich in das Ruhrgebiet eintrat, hatte die deutsche Regierung erklärt, daß das Reich während 3—4 Jahre außer Stande sei, die geforderten Leistungen vorzunehmen. Allmählich haben wir unsere Organisation ausgebaut, die Einzahlungen vom Dezember 1923 wurden weit übertroffen. Drei Milliarden sind für Rechnung der Reparation verfügbar. Das ist das Ergebnis der Ruhrbesetzung für die Verbündeten. Außerdem übersteigt die Kohlenausfuhr aus dem Ruhrgebiet im Monat März das Programm der Reich und alle gemachten Vorschläge.“ Poincaré wandte sich dann gegen eine von Lloyd Georges aufgestellte Behauptung, wonach er für eine unbegrenzte Besetzung des linken Rheingebietes einsetzten sei. Er wünsche lediglich die Fortdauer der Okkupation des linken Rheingebietes bis zur Bezahlung der Reparationen. Wir haben nur eine zeitlich begrenzte Okkupation durchsetzen wollen. Wir werden wahrscheinlich im Einverständnis mit England positive und für Frankreich ausreichende Garantien erstreben müssen. Der Ministerpräsident kritisierte dann die gestrige Behauptung des Abgeordneten Horgeot, wonach Frankreich an dem Wiederaufbau des deutschen Rationalismus schuld sei. Zu welchem Augenblick hat Deutschland seine Pflichten erfüllen wollen? Poincaré erinnerte an die Ermordung Rathenaus, die unter dem Beifall von zahlreichen Deutschen erfolgt sei. Andererseits habe Stresemann in einer Ansprache kürzlich Ludendorff gefeiert. Zum Schluß sagte Poincaré: Die deutschen Minister verstehen bereits jetzt die Schlussfolgerungen der Sachverständigen zu entziffern. Sie wünschen Deutschland von der Verantwortlichkeit an dem Kriege freizumachen und tun damit den Ländern, die während des Krieges an unsere Seite traten, einen Schimpf an.

## Der französische Senat vor der Auflösung

Paris, 3. April. Nach dem „Echo de Paris“ wird die Auflösung des französischen Senats erst am 10. oder 11. April erfolgen. Es hat sich herausgestellt, daß die verschiedenen zu verhandelnden Geheimeverträge nicht vor dieser Zeit erledigt werden können.

Diese Worte waren vornehmlich an die deutsche Jugend gerichtet, und ich halte es für wichtig, daß Ihnen ein Echo aus den Reihen der deutschen Jugend ertönt. Es bereitet mir eine große Freude, daß ich als Schirmherr der deutschen Bismarckjugend zu Ihnen sprechen darf. Die deutsche Bismarckjugend bekennt sich zu den Grundgedanken der Deutschnationalen Volkspartei. Wir bekennen uns zur christlichen Gesinnung, zur völkisch-nationalen Einstellung, zur sozialen Gemeinschaft. Wir bekennen uns vor allen Dingen aber auch zur nationalen Monarchie.

die unter der Haube schwarzweißer wieder der Träger des Volkswillens werden möge. Wir bekennen uns zur Erbschaft, zur Ehrhaftmachung unserer Jugend. Inwieweit wir wollen die Zukunft Deutschlands sein, wir führen den Drang in uns, die Verpflichtung, vorwärts zu drängen. An der Spitze meines Lands steht immer die Arbeit für das Vaterland. Was jeder Augenblicke an seinem Platz stehen, dann wird der Wahlsampf das bringen, was wir ersehnen. Ich erinnere zum Schluß an

ein Wort Bismarcks, das noch nicht bekannt ist, und das er acht Tage vor seinem Tode aussprach, als er nicht schlafen konnte: „Was wir so weit sind, daß wir nicht schlafen können, solange wir uns über die Anwartschaft in der Welt leben, zu schämen haben, werden wir nicht frei werden. Versuchen wir also das Schicksal! Seien wir wach und arbeiten wir mit heißen Herzen aber läßt kein Kopf! Arbeiten wir alle zusammen! Dann wird ein neuer Morgen ein neues Geschick begründen.“ Diese Worte erwecken anhaltenden großen Beifall. Mit einem Schlußwort Herzog und einer am Abend stattfindenden öffentlichen Kundgebung wurde die Tagung geschlossen.

## England gegen Geheimverträge.

Auch in der Reparationsfrage.

Zu Unterhause gab der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Bonsonby die Erklärung ab, daß England in Zukunft keine außenpolitischen Verträge ratifizieren werde, wenn sie nicht vorher drei Wochen aus dem Tisch des Unterhauses gelegen hätten, damit jede Bestimmung der Verträge zum Gegenstand parlamentarischer Erörterung gemacht werden könne. Bis jetzt war die englische Regierung nur verpflichtet, diejenigen Verträge zur Kenntnis des Parlamentes zu bringen, die England in irgend welche Geldausgaben verwickeln könnten.

Der konservative Abgeordnete Hoare billigte die Regierungserklärung und bemerkte dazu, daß danach auch kein Abkommen mit den Alliierten in der Reparationsfrage ohne Zustimmung der Parla-